



dbb m-v begrüßt Pakt für Sicherheit in Mecklenburg-Vorpommern

Knecht: Koalition lässt kurzfristig Worten Taten folgen

Nicht einmal zwei Monate ist es her, dass Ministerpräsidentin Manuela Schwesig in einem konstruktiven Gespräch gegenüber Vertretern des dbb m-v und der Deutschen Polizeigewerkschaft DPoLG erklärt hat, 15 Millionen Euro dauerhaft aus dem Etatüberschuss des Jahres 2017 in den Bereich Innere Sicherheit zu investieren. Ähnlich äußerten sich auch Innenminister Lorenz Caffier sowie CDU-Fraktionschef Vinzenz Kokert in Gesprächen in dem Zeitraum gegenüber der dbb Seite. Bereits in den Gesprächen konnten inhaltlich Einzelmaßnahmen besprochen werden, die zur Attraktivitätssteigerung führen und die jetzt Inhalt des Paktes sind.

„Mit dem soeben verkündeten Pakt lässt die Regierungskoalition ihren Worten Taten folgen, das darf so weitergehen“, so dbb Landesvorsitzender Dietmar Knecht. „Damit wurden langjährige Forderungen des dbb erfüllt, die zur weiteren Motivationssteigerung im anspruchsvollen Beruf einer Polizistin oder eines Polizisten führen werden. Das wird in den Revieren mit Genugtuung aufgenommen werden.“

Der Pakt beinhaltet konkret unter anderem folgende Einzelmaßnahmen:

Die Polizeireviere werden sukzessive um zusätzliche 132 Stellen verstärkt, um künftig grundsätzlich je Polizeirevier zwei Streifenwagenbesatzungen rund um die Uhr zu gewährleisten.

Des Weiteren werden 18 weitere Stellen zur Bewältigung der anstehenden IT-Herausforderungen geschaffen.

Die Zahl der Stellen in der Landespolizei steigt somit in der Summe um weitere 150 Stellen auf dann insgesamt 6 200 Stellen.

Erhöhung bisheriger Zulagen:

- › Erhöhung der Wechselschichtzulage von 51,13 Euro auf 150 Euro.
- › Erhöhung der Zulage für Beamte in den Spezialeinheiten (SE-Zulage) von 153,93 Euro auf 300 Euro.

Schaffung neuer Zulagen:

- › Schaffung einer Spezialkräftezulage für Beamte in der BFE (Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit des Landesbereitschaftspolizeiamtes M-V), Beamte der ZOEG (zivile Observations- und Ermittlungsgruppe der Kriminalpolizeiinspektionen der Polizeipräsidien) und Beamte der MAEX (mobile Aufklärung Extremismus) in Höhe von 150 Euro.
- › Schaffung einer Zulage für Beamte im Bereich der Sachbearbeitung Kinderpornografie in Höhe von 100 Euro.
- › Schaffung einer Zulage für Beamte als Diensthundeführer in Höhe von 75 Euro.

Zur Verbesserung der Beförderungssituation wird ein Stellen-

hebungs- und Beförderungsprogramm vereinbart.

Alle neu eingerichteten zusätzlichen 150 Stellen werden in der Wertigkeit A 10 BBesO ausgebracht. Das politische Ziel besteht darin, dass grundsätzlich jede Polizeivollzugsbeamte und jeder Polizeivollzugsbeamte der Laufbahngruppe 1, bei zuverlässiger Dienstdurchführung, in der Berufskarriere das Endamt seiner Laufbahn erreichen kann.

Es erfolgt eine Hebung um je 15 Stellen nach A 12 und A 11 (aus A 9) für die Landespolizei.

„Mit alledem ist ein wichtiger Schritt zur Aufwertung der Inneren Sicherheit und für das Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger getan. Vor allem aber wertschätzt der Koalitionsbeschluss das Bestandspersonal, das seit Jahren den Buckel für die Sicherheit hinhält, und dient darüber hinaus dazu, dass das Interesse bei jungen Menschen im Land geweckt wird, sich für einen Job bei der Polizei zu bewerben“, unterstrich der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht.

Allerdings machte der dbb m-v auch darauf aufmerksam, dass diese Entscheidungen der Anfang eines Prozesses sein müssen, an dessen Ende auch alle anderen Bereiche der Landesverwaltung, in denen es zu wenig Personal gibt, berücksichtigt werden sollten.

„Wir sehen diese ganz deutlich bei der Bildung, der Justiz, den Gesundheitsämtern sowie in der Finanzverwaltung“, so Knecht.

Diese Kritik bestätigt auch der Bund der Strafvollzugsbediensteten Mecklenburg-Vorpommern (BSBD M-V). Dessen Landesvorsitzender Hans-Jürgen Papenfuß kommentierte den Beschluss der Koalitionäre mit sarkastischen Worten: „Schön für die Kolleginnen und Kollegen in der Landespolizei MV, was seitens der Landesregierung für den Bereich Innere Sicherheit getan wird! Aber es gibt auch einen Bereich Justizvollzug und der scheint in MV nicht zur Inneren Sicherheit zu gehören.“ Im Allgemeinen Vollzugsdienst in den Justizvollzugsanstalten werde in der Regel ebenfalls in Wechselschicht gearbeitet und die dort tätigen Kolleginnen und Kollegen seien für die Gewährleistung der Sicherheit, aber auch für die Behandlung von Straftätern da. Ihnen stünde ebenfalls eine Erhöhung der Wechselschichtzulage zu, stattdessen seien die Beförderungsmöglichkeiten und die Perspektiven der beruflichen Entwicklung im Justizvollzugsdienst ausgesprochen schlecht, so Papenfuß.

Diesem Anliegen gegenüber aufgeschlossen zeigte sich der rechtspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Dirk Friedriszik. „Die SPD-Fraktion berät schon seit geraumer Zeit die Arbeitsbedingungen im Strafvollzug, dazu zählen auch Fragen wie Beförderung und Vergütung für die Bediensteten. Wir betrachten die Hinweise als wichtig für die weitere Diskussion“, so Friedriszik gegenüber dem „Nordkurier“.

Impressum:

Landesgeschäftsstelle
Hollstraße 13
18273 Güstrow,
Tel.: 03843.682301
Fax: 03843.682303
www.dpolg-mv.de
V.i.S.d.P.: Olaf Knöpken



Danke allen Wählerinnen und Wählern

Die DPoIG wurde durch die Personalratswahl am 16. Mai 2018 weiter gestärkt.

Nach der Auszählung und ersten Ergebnissen konnten wir unsere bisherigen Sitze in den Personalvertretungen festigen und weiter ausbauen. Wir möchten uns schon jetzt bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken, die mit uns gemeinsam zu diesem Wahlerfolg beigetragen haben. Nur durch und mit Euch können wir in den nächsten vier Jahren die Personalratsarbeit im Interesse aller Kollegen mitgestalten. Deshalb gilt unser herzliches Dankeschön allen Wählerinnen und Wählern, die uns ihr Vertrauen geschenkt und uns auf unserem sachlichen Weg unterstützt haben.

Dieser Dank ist zu verbinden mit der Versicherung, dass die Personalratsmitglieder der DPoIG auch in den nächsten vier Jahren ihre Kraft und ihr Engagement für alle einsetzen. „Nach der Wahl ist vor der Wahl“ – frei nach diesem geflügelten Wort werden wir,



> Olaf Knöpfen

die DPoIG und die Kollegen der Freien Liste, ihre Arbeit zum Wohle aller Kolleginnen und Kollegen kontinuierlich fortsetzen. „Gemeinschaft gewinnt.“ Wir sind bereit, dies zu leben.

In den Hauptpersonalrat wurden gewählt:

- > Olaf Knöpfen
- > Martin Tramp
- > Björn Ritzmann



> Martin Tramp

Über die Besetzung in den Bezirkspersonalräten und örtlichen Personalräten informieren wir in der nächsten Ausgabe. Dank gilt auch den Kolleginnen und Kollegen, die in den Wahlvorständen mitgearbeitet haben. Besonders in Rostock wurde wieder einmal gezeigt, dass Personalratsarbeit Vorrang vor gewerkschaftlichen Zwistigkeiten hat und BDK, DPoIG und GdP wirklich



> Björn Ritzmann

gemeinsam im Sinne für die Kollegen zusammenarbeiten.

Das kann man für das PP Neubrandenburg leider nicht feststellen. Wie schon vor vier Jahren scheinen alle Mittel recht, um Machtansprüche zu manifestieren.

O. K.

Möglicher Betrug beim kommunalen Versorgungsverband:

komba und Beamtenbund fordern schnelle Aufklärung

Wie bekannt wurde, ist es beim kommunalen Versorgungsverband M-V möglicherweise zu einem Millionenbetrug gekommen. Ein Mitarbeiter soll bis zu fünf Millionen Euro auf andere Konten umgeleitet und sich abgesetzt haben. Der kommunale Versorgungsverband M-V übernimmt unter anderem die Altersversorgung der 2 200 kommunalen Beamtinnen und Beamten des Landes.

„Mit Entsetzen haben die kommunalen Beamtinnen und Beamten des Landes diese Nachricht aufgenommen. Sie selbst speisen diesen Versorgungsfonds seit Jahren mit monatlich 0,2 Prozent ihrer Besoldung und haben im Rahmen der Besoldungs- und Versorgungsanpassung im Januar 2018 eine Verlängerung dieser Regelung bis mindestens 2022 hingenommen“, so Gerald Krause, Landesvorsit-

zender der komba gewerkschaft für den Kommunal- und Landesdienst in Schwerin.

Die Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen aufgenommen, und das Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern als Rechtsaufsichtsbehörde über den kommunalen Versorgungsverband hat sich eingeschaltet.

Dazu dbb Landesvorsitzender Dietmar Knecht: „Wir erwarten eine schnelle, lückenlose Aufklärung des Sachverhaltes sowie die Abwendung finanzieller Benachteiligungen für die Betroffenen. Da scheinbar auch das Controlling des Versorgungsverbandes eklatant versagt hat, verlangen wir effektive Schutzmechanismen, damit sich so etwas nicht wiederholen kann.“



Nach Vorfällen in Bayern und Baden-Württemberg DPoIG: Polizei muss mit robusten Kräften in Asylbewerberunterkünfte

Nach einem Vorfall in einer Flüchtlingsunterkunft in Ellwangen (Baden-Württemberg), bei dem die Polizei von Bewohnern der Unterkunft massiv und mit Gewalt gehindert wurde, eine Abschiebung vorzunehmen, fordert die Deutsche Polizeigewerkschaft Konsequenzen.

DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt: „Es muss auch in Zukunft damit gerechnet werden, dass sich größere Personengruppen gegen Abschiebungen zur Wehr setzen und auch vor der Anwendung massiver Gewalt gegen Einsatzkräfte nicht zurückschrecken. Die Asylbewerber wissen in der Regel, dass sie so gut wie keine Chance haben, in Deutschland ein dauerhaftes Bleiberecht zu erhalten. Sie haben also nichts zu verlieren und riskieren deshalb alles. Die Polizei hat sich

beim Einsatz absolut richtig verhalten. Taktischer Rückzug ist keine Kapitulation, sondern Klugheit zum Schutz der Einsatzkräfte. Der Einsatz war gut vorbereitet und konsequent durchgeführt. Der Staat darf nicht zögern, gegen Personen vorzugehen, die Polizeikräfte angreifen. Dabei muss der größtmögliche Schutz der Kräfte gewährleistet sein. Für die Zukunft braucht es ein Konzept für Einsätze in solchen Unterkünften, damit es nicht mehr zu solchen Eskalationen kommt. Robuste Ausstattung und konsequentes Durchsetzen mit genügend Kräften, das ist der richtige Weg, wenn wir die Kontrolle behalten wollen.“

Die DPoIG fordert überdies, bei der geplanten Einrichtung der sogenannten „Ankerzentren“ ab dem Sommer, in denen jeweils bis zu 1 500 Flüchtlinge



> Ralf Küsterer

untergebracht werden sollen, zuvor ein konkretes Sicherheitskonzept zu erarbeiten. „Solche Überraschungen wie jetzt in Baden-Württemberg oder kürzlich in Donauwörth, Bayern, können wir uns nicht mehr leisten“, so Wendt. Der massive Widerstand von

Flüchtlingen gegen die Abschiebung eines der ihnen wirft Fragen zum Schutz von Polizisten auf. Vor allem mehr Kräfte fordert die Deutsche Polizeigewerkschaft. Doch woher nehmen? „Ellwangen leitet eine neue Ära ein“, sagt DPoIG-Landesvorsitzender Ralf Küsterer. ■



> In seinem Amt als dbb Chef bestätigt: Heini Schmitt (Mitte)

Heini Schmitt im Amt bestätigt

Heini Schmitt wurde auf dem Gewerkschaftstag des dbb beamtenbund und tarifunion Hessen (dbb Hessen) eindrucksvoll als Landesvorsitzender bestätigt. Schmitt erhielt 98,75 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die Delegierten aus 39 Fachverbänden bestätigten ebenso eindeutig die bisherigen stellvertretenden Landesvorsitzenden Birgit Kannegießer, Richard Thonius, Reinhold Petri, Michael Volz und den Schatzmeister und Pressesprecher in ihren Ämtern. Heini Schmitt bewertet die Wahlergebnisse als Bestätigung der erfolgreichen Arbeit des dbb Hessen und als großen Ansporn für die nächsten fünf Jahre Engagement für den öffentlichen Dienst in Hessen. „Das Motto des Gewerkschaftstages ‚Hesse ngestalten – nur mit uns!‘ und diese Rückendeckung sind uns Verpflichtung“, sagte Schmitt den Delegierten in Darmstadt. ■



dbb m-v verwundert

Innenminister Caffier will Angriffe auf Mitarbeiter der öffentlichen Hand nicht gesondert in die Polizeiliche Kriminalstatistik aufnehmen

„Angegriffen oder bedroht zu werden, gehört nicht zum Job. Auch nicht zu dem öffentlich Beschäftigter“, so dbb Landesvorsitzender Dietmar Knecht, „daher gebietet eigentlich schon die Arbeitgebereigenschaft der Landesregierung aus Fürsorgegesichtspunkten eine besondere Rolle dabei.“

Ob gegen Beschäftigte der Zulassungsstellen, in Krankenhäusern, Bürgerbüros, bei Ret-

tungseinsätzen, in Schulen oder bei der Bahn – Pöbeleien und Angriffe gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst dürfen weder verharmlost noch toleriert werden. Das sollte auch der Politik klar werden. Eine Aufnahme in die Polizeiliche Kriminalstatistik wäre ein erster richtiger Schritt gewesen, um überhaupt eine Bestandsaufnahme zu gewährleisten. „Alle öffentlich Bediensteten eint, dass sie den

Staat und die ihm zugrunde liegende Gesetzgebung vertreten. Wenn sie während der Arbeit angegriffen werden, gilt der Angriff eigentlich dem Staat“, so Knecht. Darum fordert der dbb m-v die Landesregierung auf, sich vom Prinzip Hoffnung, dass schon nichts Schwerwiegendes passieren wird, abzuwenden und stattdessen die Beschäftigten bedingungslos zu unterstützen.



> Lorenz Caffier

Polizeiaufgabengesetz Bayern DPoIG begrüßt neue Befugnisse

DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt begrüßt das neue Polizeiaufgabengesetz in Bayern. Es versetze die bayerische Polizei in die Lage, unter strenger richterlicher Kontrolle frühzeitig auf Gefahren zu reagieren, betonte er gegenüber der Augsburgener Allgemeinen Zeitung. „Deshalb ist es durchaus geeignet, als Vorlage für ein bundesweit einheitli-

ches Musterpolizeigesetz zu dienen.“

Schwere Kriminalität und Terror würden häufig durch den verdeckten Austausch von Informationen vorbereitet, so Wendt. Deshalb müsse auch die Polizei in die Lage versetzt werden, ihre Maßnahmen an diese Möglichkeiten anzupassen.



> Rainer Wendt

Geburtstage im Juni 2018

Der Landesvorstand und die Kreisverbände der DPoIG Mecklenburg-Vorpommern gratulieren allen im Monat Juni geborenen Kolleginnen und Kollegen und wünschen für das neue Lebensjahr alles Gute, vor allem Gesundheit und Erfolg für die weitere Zukunft.

Gleichzeitig bedanken wir uns für das vertrauensvolle Miteinander und freuen uns auf eine weitere erfolgreiche Zusammenarbeit.

Ein Jubiläum begehen in diesem Monat:

- Wolfgang Brinktriene
- Udo Kurrek
- Mathias Pietzke
- Philipp Müller
- Thomas Schmidt

Der Landervorstand und die Kreisverbände